



Kurze kritische Bewertung des Berichtsentwurfs der Projektgruppe 5 der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" und Vorschläge für Änderungen im Bericht der Projektgruppe 5 "Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile" vom 18. März 2013 (Kommissionsdrucksache 17(26)100)

www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/Kommissionsdrucksachen/100_PG5_Gesamtbericht.pdf

Vorbemerkungen

1. Wir lassen in dieser Kurzbewertung Grundsätzliches zu Ursachen der exorbitanten Ressourcenvernutzung und daraus abzuleitenden transformatorischen Strategien unerwähnt, außer zum Grundeinkommen, welches unserer Auffassung nach Bestandteil einer solchen Strategie ist.
2. Wir bitten die Mitglieder der Enquete-Kommission, insbesondere die Mitglieder der Projektgruppe 5, die im Folgenden aufgeführten Kritiken zu prüfen und den vorliegenden Berichtsentwurf entsprechend umzuarbeiten.
3. Sollte dies nicht im Konsens gelingen, bitten wir die Fraktionen/Abgeordneten über Sondervoten den Kritiken entsprechende Formulierungen in den Bericht aufzunehmen.
4. Die Kurzbewertung soll auch der öffentlichen Debatte zum Thema Wachstum und Grundeinkommen dienen. Daher werden wir sie auf der Website des Netzwerks Grundeinkommen veröffentlichen.
5. Diese Kurzbewertung erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.
6. Wir stehen gern für weitere Diskussionen und die Erarbeitung von Veränderungsvorschlägen zum Bericht zur Verfügung.

Netzwerkrat des Netzwerks Grundeinkommen, Berlin, 5. April 2013

www.grundeinkommen.de, E-Mail: kontakt@grundeinkommen.de

1. Kritik am Kurzgutachten "Umsetzung neuer Arbeitszeitmodelle vor dem Hintergrund ihrer Finanzierbarkeit" von Althammer et al.

www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/gutachten/kurzgutachten_AltKueSom.pdf

a) Wenn eine Verkürzung der Arbeitszeit als wesentliches Element des Low-Growth- oder Degrowth-Ansatzes gedacht wird (S. 22), sollten alle dafür in Frage kommenden Möglichkeiten aufgeführt werden. Auszeiten und Sabbaticals finden bei Althammer et al. keine Berücksichtigung, obwohl hierzu mehrere Vorschläge auf dem Tisch liegen: Bedingungslose Grundzeit und bedingte Auszeiten (vgl. WSI/Hans-Böckler-Stiftung, Claus Schäfer: www.grundeinkommen.de/19/02/2011/hans-boeckler-stiftung-sanfte-annaeherung-an-das-grundeinkommen.html und Schweizer Gewerkschaften: www.grundeinkommen.de/27/10/2012/schweizer-gewerkschaften-fordern-grundeinkommen-fuer-sabbaticals.html).

b) Die Debatte bei Althammer et al. zu Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung (AZV) beschränkt sich auf Lohnausgleich durch das Unternehmen (S. 23). Steuerfinanzierte Ausgleichs durch Sabbatical-Grundeinkommen oder bedingungsloses Grundeinkommen werden nicht diskutiert.

c) Der Zusammenhang von Grundeinkommen und AZV bzw. AZ-Umverteilung (also mit Lohn- und Personalausgleich über Grundeinkommen) wird nicht aufgeführt.

d) Der Zusammenhang von AZV, Grundeinkommen und verbesserter Lebensqualität – quantitative und qualitative Verfügung über Lebenszeit – wird ausgeblendet.

e) Die Darstellung des Grundeinkommens (ab S. 51) ist äußerst einseitig:

- Die Begründungszusammenhänge zwischen Grundeinkommen (GE) und Wachstumsreduktion bzw. Minimierung des Ressourcenverbrauchs werden nicht aufgeführt; das sind z. B.: GE und Demokratisierung, GE und Beförderung geschlechtergerechter Umverteilung verschiedener Arbeiten/Tätigkeiten, GE und Umverteilung von oben nach unten und Entzug von z. T. hochspekulativen Investitionsmitteln, GE und Beförderung solidarischer bedarfsorientierter Ökonomien, ökologische Regulierung der Konsumtion zum Beispiel durch ein Ökogrundeinkommen, GE und Infrastrukturpolitik usw. usf. Viele weitere Begründungen für das GE fehlen. Zu diesen Themen liegt aber genug Material vor: www.grundeinkommen.de/23/05/2011/materialien-zum-kongress-jenseits-des-wachstums.html und www.grundeinkommen.de/27/05/2012/wachstumswende-und-grundeinkommen.html, www.links-netz.de/K_texte/K_hirsch_infrastruktur.html.

- In Deutschland diskutierte Grundeinkommensansätze werden nicht zur Kenntnis genommen, obwohl detaillierte Übersichten vorliegen: www.grundeinkommen.de/content/uploads/2013/01/2012-ansaeetze_und_modelle_gs_und_ge_blaschke.pdf.
- Grundeinkommen wird verkürzt auf Negative Einkommensteuer (S. 52), Ansätze für Sozialdividende werden vollkommen ausgeblendet.
- Die behaupteten "negativen Effekte" der Versuche mit Negativer Einkommensteuer (NES) in den USA sind äußerst umstritten. Die NES-Versuche waren aufgrund der geringen Höhe und der Beschränkung der Zielgruppen keine Grundeinkommensexperimente, sondern nur partielle GE-Experimente. Andere Autoren dagegen beschreiben positive Effekte, die gerade auch für den Zusammenhang Grundeinkommen – AZV relevant sind (vgl. Blaschke 2010, S. 235, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Publ-Texte/Texte_67.pdf). Zu beachten ist dabei, dass Althammer et al. es als negativ bezeichnen, wenn das Arbeitsangebot bei den NES-Experimenten in den USA geringfügig sank, gleichzeitig aber anerkennen, dass Low-Growth oder Degrowth etwas mit AZV zu tun haben könnte.
- Die Behauptung, Brasilien sei mit dem Bolsa-Familia-Programm vom Vorhaben des Grundeinkommens abgerückt, ist falsch. Die Grundsicherung *Bolsa Familia* versteht sich dort als ein Einführungsschritt; demnächst soll eine Art Kindergrundeinkommen eingeführt werden.
- Die für Deutschland ins Feld geführte Simulationsstudie (Bürgergeld nach Althaus) ist eine Studie über ein *partielles* Grundeinkommen (nicht existenz- und teilhabesichernd) und überdies vom Gesichtspunkt der Haushaltsneutralität (S. 51) aus betrachtet. Umverteilung von Einkommen (z. B. durch Grundeinkommen) und Arbeitszeitverkürzung/-umverteilung spielen eine geringe Rolle (S. 57). Dementsprechend fällt das Urteil über das Grundeinkommen überwiegend fiskalisch aus ("prinzipiell finanzierbar, aber nicht mit den im politischen Raum [in welchem Raum?] diskutierten Parametern [welcher Ansätze?]; "nicht finanzierbar", S. 58; "Sofern das bedingungslose Grundeinkommen existenzsichernd sein soll, ist seine Einführung mit einem erheblichen fiskalischen Mehraufwand verbunden und seine nachhaltige Finanzierung daher fraglich. [keinerlei Nachweis/Begründung für diese These]", S 59 f.).

Fazit: Das Kurzgutachten von Althammer et al. ist fachlich und politisch nicht geeignet, die Fragestellungen zum Thema Arbeitszeitverkürzung zu beantworten. Das ist zum Teil auch der eingeschränkten Themenstellung des Kurzgutachtens

geschuldet.

2. Kritikpunkte am Berichtsentwurf PG 5

Vorbemerkungen

1. Geschlechterpolitische und feministische Perspektiven auf Wohlstand und Lebensqualität fehlen fast vollkommen, auch die in diesem Kontext verorteten positiven Positionen zum Grundeinkommen, u. a. bei Biesecker und v. Winterfeld www.links-reformismus.de/lang/Biesecker-vWinterfeld.pdf, Winker www.feministisches-institut.de/grundeinkommen und www.feministisches-institut.de/grundeinkommen-2, Schrupp www.antjeschrupp.de/grundeinkommen, Praetorius www.inapraetorius.ch/d/gedankenblitze.php et al.
2. Da dieser Berichtsentwurf hinsichtlich AZV und Grundeinkommen teilweise auf dem Kurzgutachten von Althammer et al. basiert, wurden dessen Fehler und Schwächen mit in den Berichtsentwurf übertragen.
3. Auch hier konzentrieren wir uns auf das Thema Grundeinkommen.



- a) Im Kapitel "Kurze Vollzeit" (S. 91) wird nicht auf den Zusammenhang von Grundeinkommen und kurzer Vollzeit eingegangen.
- b) Im Kapitel "Bürgergeld" (S. 91)
 - wird der vollkommen unscharfe Begriff "Bürgergeld" verwendet, der für Sozialdividende-Grundeinkommen, Negative-Einkommensteuer-Grundeinkommen, partielles Grundeinkommen und eine Negative Einkommensteuer (NES) ohne jeglichen Bezug zum Grundeinkommen stehen kann. Der Begriff wird mit dem Bürgergeld der FDP ("Liberales Bürgergeld") gleichgesetzt (vgl. zum Begriff Bürgergeld Blaschke 2009: www.grundeinkommen.de/content/uploads/2009/03/buergergeld.pdf, grundsätzliche Begriffsklärungen zu Bürgergeld, Grundeinkommen, partiellem Grundeinkommen, Sozialdividende, Negative Einkommensteuer hier: www.grundeinkommen.de/die-idee/glossar);
 - werden Bezüge zu AZV und AZ-Umverteilung nicht hergestellt.
- c) im Kapitel "Grundeinkommen" (S. 92)
 - wird das Grundeinkommen nur unscharf definiert (die vier Kriterien fehlen);
 - wird fast kein Bezug zu AZV-/AZ-Umverteilung hergestellt, Sabbatical-Grundeinkommen etc. vollkommen ausgeblendet;
 - werden keinerlei Begründungen (siehe oben) für die mögliche wachstumsmindernde Wirkung eines Grundeinkommens angeführt, obwohl dort geschrieben

steht: "dass ein Grundeinkommen den Wachstumsdruck unserer Wirtschaft und Gesellschaft mindern könnte" (S. 92);

- wird nicht auf die Vielfalt der Grundeinkommensansätze und -modelle zum Beispiel für Deutschland verwiesen;
- wird kein Bezug zu feministischen Positionen wie erweiterter Arbeitsbegriff und geschlechtergerechte Aufteilung von Familienarbeit hergestellt;
- wird fast nichts zu Umverteilungsprozessen durch Grundeinkommen und Zusammenhängen mit (Mindest-)Löhnen usw. gesagt;
- wird auf "Simulationsstudien" Bezug genommen, die dem oben kritisierten Kurzgutachten von Althammer et al. entnommen sind;
- werden entsprechend fachlich und politisch falsche bzw. problematische Aussagen und Einschätzungen aus dem Althammer-Gutachten unhinterfragt übernommen.

Fazit: Die Passagen zum Bürgergeld und zum Grundeinkommen wirken wie hastig und unüberlegt hinzugefügte Anhängsel. Sie sind oft ohne Bezüge zum Thema der Projektgruppe 5 und zu den Abschnitten im Berichtsentwurf Projektgruppe 5 formuliert. Außerdem enthalten sie viele Fehler und Ungenauigkeiten.

Bemerkenswert ist, dass im Kapitel 5 "Forschungsfragen und zukünftiger Beratungsbedarf" (S. 142 ff.)

- im Unterkapitel "Arbeitswelt" (S. 144) immerhin verbesserte Übertragbarkeitsstudien und mehr Empirie und Modellrechnungen sowie experimentelle Designs zu Grundeinkommen gefordert werden, um politische Entscheidungsgrundlagen zu verbessern; (Allerdings nutzen diese Studien nichts ohne Debatten über Sinn, Möglichkeiten und Wirkungsweisen des Grundeinkommens sowie Verständigungen über weitere gesellschaftliche Veränderungen neben dem Grundeinkommen. Sonst kommt nur das heraus, was Althammer et al. vorgeführt haben: Es würde viel Geld kosten und sei möglicher Weise nicht nachhaltig finanzierbar.)
- das Thema AZV/AZ-Umverteilung vollkommen fehlt;
- auch in allen anderen Unterkapiteln Bezüge zum Grundeinkommen und zu AZV/AZ-Umverteilung fehlen, obwohl sie dort hervorragend passen würden (nachhaltige Lebensstile, Zeitfrage, Konsum, Arbeitsorganisation und Lebensqualität, Erwerbsbiografien);
- Querbezüge zu anderen Enquete-Kommissionen fehlen - z. B. zur Enquete "Internet und digitale Gesellschaft", dort zum Thema Erwerbsbiografien und

Grundeinkommen (www.grundeinkommen.de/30/11/2012/enquete-kommission-internet-und-digitale-gesellschaft-mit-sondervotum-zum-grundeinkommen.html).

Fazit: Der Berichtsentwurf ist hinsichtlich des Themas Grundeinkommen und damit zusammenhängender Bereiche und Fragen fachlich und politisch unzureichend und äußerst kritikwürdig.

3. Änderungsvorschläge für Berichtsentwurf PG 5

1. Exakte Definitionen von Bürgergeld, Grundeinkommen, partiellem Grundeinkommen, Sozialdividende, Negative Einkommensteuer (siehe oben)
2. Verweis auf die in Deutschland diskutierten Ansätze und Modelle und Darstellung der wichtigsten Unterschiede (siehe oben)
3. Verweis auf die Argumente, warum das Grundeinkommen wachstums- und ressourcenverbrauchsmindernde Effekte haben könnte (siehe oben)
4. Verweis auf Argumente zum Zusammenhang zwischen AZV/AZ-Umverteilung und Grundeinkommen sowie zwischen erweitertem Arbeitsbegriff und Grundeinkommen (dazu sind auch feministische Positionen aufzuführen)
5. Kritische Auseinandersetzung mit der These, dass eine stärkere Umverteilung nicht möglich sei und Begründung, warum diese Umverteilung gesellschaftlichen Wandel hin zu weniger Ressourcenverbrauch ermöglicht: erst recht, wenn diese Umverteilung mehr Demokratie und den Individuen mehr Freiheit ermöglicht
6. Streichung o. g. Falschdarstellungen zum Grundeinkommen
7. Im Kapitel 5 "Forschungsfragen und zukünftiger Beratungsbedarf" sicherstellen, dass die Themen Grundeinkommen und AZV/AZ-Umverteilung in den Unterkapiteln aufgenommen werden;

zum Beispiel

- in 5.1 Nachhaltige Lebensstile durch Grundeinkommen:
 - Entprekariisierung ausdifferenzierter Lebensstile;
 - Förderung der Reduktion von Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen (partielle Subsistenz, bedarfsorientierte Ökonomien)
 - Schließung der Lücke zwischen Bewusstsein und Verhalten: erstens, weil Grundeinkommen die Psychologie des Überflusses, des Genug-für-alle transportiert, zweitens, weil Grundeinkommen die Angst vor dem ökologischen Gürtel-enger-

schnallen nimmt und die Bereitschaft dazu erhöht, weil aufgrund der Umverteilung die sozialen "Leibesumfänge" einander angenähert würden (auch wichtig für die Demokratiefrage: wer eigentlich bestimmt, was und wie produziert wird).

- in 5.2 Soziale Schwellen

Grundeinkommen in Verbindung mit Zeitsouveränität, Ressourcenausstattungen, sozialen Ungleichheiten aufführen, einschließlich feministischer Sicht

- in 5.3 Konsum

Grundeinkommen und Ermöglichung nachhaltiger ökologischer Produktion und Konsumtion, Ermöglichung angstfreier demokratische Diskurse erwähnen: wie wollen wir mit dem Überfluss umgehen, ihn ökologisch "einbetten"

- in 5.4 Arbeitswelt

Zusammenhang von Grundeinkommen und AZV-/AZ-Umverteilung, nicht-marktförmiger Arbeit und universeller, d. h. allen zugänglicher und gebührenfreier öffentlicher Infrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen aufführen

- in 5.5 Arbeitsorganisation und Lebensqualität

Zusammenhang von Grundeinkommen/Sabbatical-Grundeinkommen und Arbeitsorganisation, Arbeitszeiten, Familienbelastung, Reproduktionsarbeit, bürgerschaftlichem Engagement

- in 5.6 Vielfältige Erwerbsbiografien

durch Grundeinkommen:

- Entprekariisierung diskontinuierlicher Erwerbsbiografien und der Beschäftigungsverhältnisse als Einkommensverhältnisse,
- Ermöglichung familienbedingter Arbeitszeitreduzierung,
- Individualisierung des Steuerrechts.

Fragen wie *Grundeinkommen und Aufhebung des Ehegattensplitting, Grundeinkommen und Unterhaltsrecht* müssen erwähnt werden.